

Kohleausstieg betrifft Kreis und auch Bergkamen: Kommunalspitzen fordern Planungssicherheit



Das Kraftwerk in Heil wäre auch vom Kohleausstieg betroffen.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission hat sich in der Nacht zum Samstag (25./26. Januar) auf einen Kohleausstieg spätestens bis 2038 verständigt. Gleichzeitig werden 40 Milliarden Euro an Hilfen für die Kohleregionen in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg vorgeschlagen.

In NRW richtet sich der Blick vor allem auf die

Braunkohleregion im Rheinischen. Landrat Michael Makiolla erinnert aber an die direkte Betroffenheit auch des Kreises Unna als Standort von immerhin vier Steinkohlekraftwerken in Bergkamen (1), Lünen (2), und Werne (1).

Landrat Makiolla hat deshalb bei der Bürgermeisterkonferenz am 30. Januar mit den Spitzen von Bergkamen, Lünen und Werne das weitere Agieren gegenüber der Landesregierung verabredet. So wird ein gemeinsames Schreiben an Ministerpräsident Armin Laschet formuliert werden. Darin soll die Lage vor Ort geschildert, die Erwartung finanzieller Hilfen unterstrichen und eine Einladung an Ministerpräsident Laschet in den Kreis Unna zu einem Kraftwerks-Dialog ausgesprochen werden.

Neue wirtschaftliche Herausforderung

„Wir haben nach dem Rückzug des Steinkohlebergbaus erfolgreich den Strukturwandel eingeleitet. Das Abschalten der Kraftwerke stellt uns vor eine neuerliche wirtschaftliche und soziale Herausforderung, denn wir müssen erneut den Wegfall von Arbeitsplätzen und damit von regionaler Wirtschaftskraft abfedern“, so die vier Kommunalspitzen.

Landrat Makiolla macht gleichzeitig deutlich: „Wir sind auf den Ausstieg vorbereitet. Wir wollen die Standorte der Steinkohlekraftwerke aufbereiten und soweit wie möglich als Gewerbeflächen vermarkten. Dafür brauchen wir aber den Schulterschluss mit Bund und Land, verbindliche Zeitfenster, also Planungssicherheit und eine angemessene Finanzausstattung.“

Deshalb steht der Kreis auch hier im engen Kontakt mit der Regionalverband Ruhr (RVR). Konkret geht es darum, die Nachnutzung der Kraftwerksflächen im Regionalplan Ruhr festzuschreiben. Laut RVR sind die Flächen des schon abgeschalteten Werks in Lünen und der Kraftwerksstandort Bergkamen-Heil bereits als Kooperationsflächen für eine Folgenutzung eingeplant.

Umnutzung könnte neue Gewerbeflächen schaffen
Mittelfristig kann der Kohleausstieg nach Überzeugung von Landrat Michael Makiolla und den Spitzen aus Bergkamen, Lünen und Werne ein weiterer Baustein im gelingenden Strukturwandel werden: „Die Umnutzung und Bereitstellung der Flächen behebt den Mangel an Gewerbeflächen in unserer Region. Sie wird damit konkurrenzfähiger, denn wir bekommen den dringend gesuchten Platz für Unternehmenserweiterungen, für Neuansiedlungen und damit für neue Arbeitsplätze.“ PK | PKU